

Kreditverbriefungen kommen wieder

Die Verbriefung von Kreditforderungen zu einem neuen Wertpapier haben letztlich die Finanzkrise ausgelöst und galten bisher als toxische Wertpapiere. Nunmehr erleben diese intransparenten Verbriefungswertpapiere wieder eine Renaissance, dank der EZB.

Vorab möchte ich aber darlegen, was Kreditverbriefungen sind.

Vergibt eine Bank einen Kredit, hat die Bank mittlerweile das Recht, fixiert im Darlehensvertrag, diese Kreditforderung zum Zwecke der Refinanzierung zu verkaufen, es sei denn, man verlangt die Streichung dieser Paragraphen im Kreditvertrag, welches ich grundsätzlich empfehlen würde, um nicht künftig als Ansprechpartner einen jungen Vertreter eines Hedgefonds haben zu wollen. Gängig ist der Verkauf an die Zentralbank zwecks Generierung von Liquidität, aber auch Finanzgesellschaften und Versicherungen gehören zu den Käufern.

Kredite beinhalten von Anfang aufgrund von vielen Imponderablen das Risiko eines Ausfalls, egal wie goldumrändert die Bilanz zum Zeitpunkt der Kreditvergabe ist, insbesondere bei langen Laufzeiten. Insofern ist der Verkauf von Krediten und damit Entlastung der Bankbilanz ein für die Bank attraktives Thema. Für den Käufer von Kreditverbriefungen, welche sich zudem aus einer Vielzahl von Krediten zusammensetzen, besteht das Problem der Bewertung einer solchen Kreditverbriefung. Diese setzen sich aus unterschiedlichen Kreditnehmern mit unterschiedlichen Bonitäten und somit unterschiedlichen Strukturen, dahinter stehenden Unternehmerpersönlichkeiten und Banksicherheiten, die sich von Zeit zu Zeit in ihrem Wert erheblich verändern

können, zusammen.

Das ist letztlich ein gewaltiges Risikopotenzial, welches man mit noch so vielen Ratingsystemen nicht in den Griff bekommen kann. Somit entledigt sich die Bank eines letztlich unkalkulierbaren Risikos und hat damit die Möglichkeit, auch schlechten Bonitäten Kredite zu vergeben, da sie diese auf dem gierigen Renditemarkt loswerden kann. Diese Grundstruktur, von den Investmentbankern geschaffen, hat letztlich die Finanzkrise vor 8 Jahren ausgelöst.

Früher haben die Banken die Einlagen ihrer Kunden an Kreditnehmer weiter vergeben und übernahmen damit auch gegenüber den Einlegern das Kreditrisiko, welches heute durch den Weiterverkauf weitestgehend entfällt, bzw. die Einleger durch den Kauf von Investmentfonds, u.a. die Käufer der Kreditverbriefungen, unbewußterweise übernehmen. Ein gesunde und professionelle Risikovermeidungsstruktur wurde damit ausgehebelt gegenüber den Einlegern, aber auch gegenüber den Kreditnehmern, welche sich nicht mehr sicher sein können, ob die Banken, welche das Kreditrisiko an irgendwelche Investoren weitergegeben haben, noch Interesse an einem Bestand des in Schwierigkeiten geratenen Unternehmens haben. Damit werden wiederum Investmentbankern alle möglichen Tore zur Ertragsverbesserung eröffnet und diese Spezies, welche diese Struktur geschaffen haben, profitieren hierbei wiederum und das nicht zu knapp.

Nunmehr erleben die Kreditverbriefungen wieder eine Renaissance, auch aufgrund des von der EZB geschaffenen Anlagenotstandes und der damit sehr ausgedünnten Anlagemöglichkeiten. Hinzu kommt, dass die EZB durch den Ankauf der Kreditverbriefungen zu dieser Renaissance bewußt beigetragen hat. Wen wundert es, ist doch der Präsident dieses Instituts ein Goldman Sachs Investmentbanker und der oberste Bankenaufseher Dombret ein aus dem M&A Bereich kommender Investmentbanker.

Es wiederholt sich fast alles im Leben, so nun auch dieses Geschäftsgebaren mit der Folge, dass die Auswüchse in diesem Bereich wieder zunehmen werden und somit wiederum der Boden bereitet wird für das rechte und linke Spektrum unserer Gesellschaft bzw. für eine noch viel größere künftige Finanzkrise.

4. Dezember 2016

Elmar Emde

Autor des Buches "Die strukturierte Ausbeutung"

Siehe auch www.emde-fiveko.de

Non Market Forces und das strukturierte Unwesen. Die Folgen

(Auszüge aus meinem Buch „Die strukturierte Ausbeutung“)

Die Finanzindustrie verfügt nicht nur über exzellente Wahrscheinlichkeitsrechnungen, sondern auch über erstklassige politische und wirtschaftliche Kontakte, die sich wie eine Krake über die Machtzentren der Welt stülpen und somit diese Rechner mit weiteren, nicht für jedermann bestimmte Informationen füttern. Man kann diese Kontakte als eine Art „back-up“ (Absicherung) der Wahrscheinlichkeitsrechnungen bezeichnen, sollten so genannte non-market-forces, womit die Politiker und in den meisten Fällen deren nicht ausgeprägter wirtschaftspolitische Sachverstand gemeint ist, die Marktgesetze über den Haufen werfen, bzw. außer Kraft setzen.

Man könnte dieses Back-up auch als eine Art weiteres Insiderwissen bezeichnen.

In dieser Phase befinden wir uns seit 2011 im Zuge der Euro-Schuldenkrise, in der die Politik und die EZB nebst FED völlig gegen die Marktgesetze entscheiden, bzw. entschieden haben, ungesunde Wirtschaftsrelationen damit entstanden sind, die irgendwann einmal kollabieren müssen und so sicher wie das Amen in der Kirche zum nächsten Finanzcrash führen werden. Selbst die privaten deutschen Banken befürchten deshalb eine neue Finanzkrise, sollte die Geldschwemme der vom Club Med angeführten EZB, dem der Italiener und Investmentbanker Draghi vorsteht, noch lange anhalten.

Diese „Beziehungskisten“ sind für beide Seiten von elementarer Bedeutung. Die Staaten benötigen die Banken zur Deckung ihrer Finanzierungswünsche und die Banken die Politik, um zum einen in Schieflagen gerettet zu werden und zum anderen strukturelle Dinge intelligent vorbereiten zu können zwecks Verbesserung der Ertragsmöglichkeiten, allerdings auf dem Risikorücken der Anleger und Bürger. Die in der Vergangenheit genehmigte Verdrehung der Eigenkapitaldarstellung in der Darstellung des harten Kernkapitals (siehe Beitrag „Kernkapital der Banken“ vom 27.11.2014), welches in der Realwirtschaft undenkbar ist und nur dem Zweck diene, Staatsanleihen auf die Bankbilanz nehmen zu können ohne Anrechnung auf die Eigenkapitalunterlegung, ist eines der vielen Indizien für diesen Zustand.

Anderes Beispiel ist die Abschaffung der Steuerfreiheit bei der Auszahlung der fälligen Kapitallebensversicherungen, welche bis dato einen wichtigen Baustein für die Altersvorsorge darstellten. Diese hat man ersetzt durch die diversen Vorsorgeprogramme mit der Bezeichnung Riester- oder Rürup. Damit hat man der Versicherungswirtschaft und damit auch den Banken neue Möglichkeiten von Provisions- und Gebühreneinnahmen beschert, welche in den meisten Fällen die groß herausgestellten Steuervergünstigen mehr als aufgefressen

haben.

Ich habe mir mehrmals die Mühe gemacht, solche Vorsorgeangebote mit ganz normalen Sparverträgen mit gleicher Laufzeit und gleichen Sparleistungen, aber ohne staatliche Zuschüsse, zu vergleichen (über Excel ganz leicht nachzuvollziehen bei Beherrschung der simplen Zinsformel). Das Ergebnis ist niederschmetternd. Ein solcher Sparvertrag wäre deutlich günstiger gegenüber dem Vorsorgeprodukt auch inkl. der „versprochenen“ Überschüsse, man käme sogar auf ein höheres Endkapital und könnte den Rest ohne Abzüge für die Banken und Versicherungen weiter vererben. Diese Vergleichsrechnungen hatte ich vor zwei Jahren aufgestellt, durch die unser Finanzsystem auf den Kopf stellenden Niedrig- bzw. Negativverzinsung sieht es noch schlechter aus.

Somit sind diese Programme mit Unterstützung der Politik eine hohe Einkommensquelle für die gesamte Finanzindustrie, zumal der propagierte Nutzen für den Sparer erst in 20 oder 30 Jahren offensichtlich wird, die Verkäufer dieser Produkte gibt es dann vermutlich nicht mehr und keiner kann zur Verantwortung gezogen werden. Bisherige Erfahrungen mit abgelaufenen Lebensversicherungen, deren Auszahlungsbeträge bei Weitem nicht den Versprechungen bei Abschluss des Vertrages entsprachen (auch schon vor der jetzigen Niedrigzinsphase), teilweise sogar noch geringer sind, als die geleisteten Einzahlungen insgesamt, lassen Schlimmes befürchten.

Warum überlässt man dem Bürger nicht selbst, in welche Anlageform er vorsorgen möchte. Warum haben immer nur die Finanzprodukte der Finanzindustrie steuerliche Anreize. Warum wird ein simpler und vor allem sehr langfristiger Sparvertrag nicht ebenfalls gefördert? Die Frage ist schnell beantwortet: Daran verdient die Finanzindustrie nichts.

Dieser Trend führt mit dem Segen der Staaten unweigerlich zu einer weiter ansteigenden Produktion von strukturierten

Finanzprodukten und damit zu Luftnummern mit hohem Ertragspotenzial für die Finanzindustrie, die unverändert in den Markt bewusst geschwemmt werden. Dieser Markt wird dadurch immer größer und unüberschaubarer und stellt damit das Kerosin für die Finanzindustrie dar. Sein Geld vernünftig in direkte und transparente Anlagen zu investieren ist kaum mehr möglich, da diese entweder von den Fondsgesellschaften und nunmehr von Herrn Draghi immer mehr absorbiert werden oder nicht das Ertragspotenzial für die Finanzindustrie beinhalten. Analysiert man die aktuellen Wertpapierdepots bei allen Banken, so fällt einem die hohe Anzahl der strukturierten Finanzprodukte unvermindert auf und die Tendenz, diese nur noch anzubieten, ist stark steigend.

Das System, wie es dazu kommt ist perfide und baut auf die Unwissenheit der Anleger auf, die ihr Geld nicht mit Geldgeschäften verdient haben und somit kaum die Funktion und die Risiken eines strukturierten Finanzproduktes kennen, ja nicht einmal wissen wie sich dieses und jenes strukturierte Finanzprodukt zusammensetzt und welche Risiken sich daraus ergeben. Das kann man ihnen auch nicht verdenken, zumal fast täglich neue strukturierte Finanzprodukte auf dem Markt erscheinen, die selbst die verkaufenden Finanzindustriellen an der Verkaufsfrent nicht mehr verstehen.

Diese Umstände und die damals schon gemachten negativen Erfahrungen veranlassten mich im Januar 2007, Herrn Jochen Sanio, damaliger Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BAFIN) diese Erfahrungen in einem Schreiben zur Kenntnis zu bringen. Mein Vorschlag war daher, folgenden fett gedruckten und nicht übersehbaren Hinweis am Anfang des Verkaufsprospektes eines strukturierten Finanzproduktes anzubringen (wie bei den Zigaretten auf deren Schachteln):

„DIESES FINANZPRODUKT GEFÄHRDET IHRE VERMÖGENSSUBSTANZ“

Damit hätte man den Anleger explizit auf die Gefährdung seiner Vermögenssubstanz mit diesem Finanzprodukt hingewiesen und

diesen Hinweis nicht versteckt auf Seite xy irgendwo im Verkaufsprospekt nachlesen müssen. Außerdem wäre es den Verkäufern immer schwerer gefallen, solche Produkte an den Mann zu bringen.

Zwei Monate später erhielt ich dann im März 2007 von einem Assistenten den Hinweis auf das Wertpapierprospekt, dessen Bestimmungen seit dem 1.7.2005 gelten und angeblich die Anforderungen erheblich erhöht hätten. Außerdem würde die Umsetzung der MIFID (Markets Financial Instruments Directive, auf Deutsch „Finanzmarktrichtlinie“ > Richtlinie der EU zur Harmonisierung der Finanzmärkte im europäischen Binnenland) weitere regulatorische Vorgaben mit sich bringen.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2004/39/EG vom 21.4.2004 über Märkte für Finanzinstrumente zudem die Verordnung zur Konkretisierung des Wertpapierhandelsgesetzes (WPHG) erstmals materielle Vorschriften über Werbung enthalten seien, deren Einhaltung von der BaFin überwacht werden würde.

Hauptziel der BaFin wäre es, „im öffentlichen Interesse ein funktionsfähiges, stabiles und integriertes deutsches Finanzsystem zu gewährleisten. Bankkunden, Versicherte und Anleger sollen dem Finanzsystem als Ganzem vertrauen können. Im Rahmen ihrer Solvenzaufsicht sichert die BaFin die Zahlungsfähigkeit von Banken, Finanzdienstleistungsinstituten und Versicherungsunternehmen. Durch Ihre Marktaufsicht setzt die BaFin zudem Verhaltensstandards durch, die grundlegende Interessen der Anleger schützen sollen“.

Was fällt einem zu dieser Aussage nur ein? Alle diese Vorschriften taugen nichts, die Finanzkrise ließ dies offensichtlich werden.

Und die Krone des Ganzen war sein Hinweis, dass auch die Industrie bemüht sei (?), die Transparenz zu verbessern. So hätte das Derivate Forum – eine **Interessengemeinschaft** von 8

Emissionsbanken (ABN-Amro Bank, BNP-Paribas, Deutsche Bank, Dresdner Bank, DZ-Bank, HVB, Goldman-Sachs, Oppenheim, West-LB) vor wenigen Wochen einen Derivate Kodex vorgestellt, der als freiwillige Selbstverpflichtung Mindeststandards für die Strukturierung, Emission, Vertrieb, Marketing und Handel derivater Wertpapiere formuliert.

In diesem Kodex wird auf die freiwillige Selbstverpflichtung bezüglich Mindeststandards für Strukturierung, Emission und Vertrieb etc. gesetzt. Unter Punkt 4 des Kodexes heißt es. "Die Preisbildung vollzieht sich im freien Wettbewerb zwischen den Emittenten nach den Kriterien der modernen Finanzmarkttheorie (da haben wir wieder die mathematischen Wahrscheinlichkeits-rechnungen) und beruht auf unterschiedliche Einflussfaktoren". Übersetzt bedeutet das, dass ein Anleger ein Finanzmathematiker sein muss, um ein Derivat zu verstehen.

In der Pharmaindustrie gibt es keine solchen freiwilligen Verpflichtungen oder ehrenrührige Kodexe, welche die Arzneimittelkontrolle überflüssig machen. Sicherlich aus gutem Grund, da man hier den fehlenden Fachkenntnissen der Bürger Rechnung trägt. Es kann ja schließlich nicht jeder Bürger ein Chemiker sein. Auf der Finanzseite unterstellt man aber ein allumfassendes Wissen der Bürger bis hin zur hohen Finanzmathematik.

Dieser Kodex sollte damals als Beruhigungsspiel dienen und der Derivateindustrie weiterhin freie Hand im damals schon hoch komplexen und hoch profitablen Derivategeschäft gewähren. Was kann man auch von den 8 Emissionsbanken anderes erwarten, die zu den damals größten Derivatehändlern gehörten.

Im Nachhinein betrachtet fällt einem auf, dass diese auch so strengen Maßnahmen, Bestimmungen und Kodexe vor der Finanzkrise (beginnend im Sommer 2007 mit der IKB) beschlossen worden waren, die Finanzkrise aber nicht verhindern konnten. Letztlich waren diese Kodexe nichts wert und nur Schall und

Rauch, was die hohen Strafzahlungen der letzten Jahre deutlich belegen.

Diese Ausführungen des BaFin-Beamten zeigten mir aber auch, dass die Grundlage hierfür sicherlich keine praktischen Erfahrungen mit der von mir beschriebenen Problematik waren. Da hat ein Beamter ohne praktische Erfahrungen und mit hoher Ignoranz geantwortet.

Anderes Beispiel: Vor der Finanzkrise fiel mir auf, dass die hoch gelobten Geldmarktfonds immer mehr aus Renditegesichtspunkten mit CDS-Papieren und ähnlichem strukturierten Krimskrams zersetzt wurden. Dieser Umstand veranlasste mich dazu, die Bafin auf diesen risikoreichen Umstand hinzuweisen.

Die Antwort war wieder ernüchternd und lautete nach der Belehrung, wie diese Fondsstruktur aussah, etwa einen Monat später wie folgt:

„Ich (Dr. ... von der BaFin) weise darauf hin, dass die Vertriebsberechtigung lediglich bedeutet, dass der betreffende Fonds bei mir seine Unterlagen eingereicht hat und in den öffentlichen Vertrieb seiner Anteile in Deutschland nicht untersagt habe, da die im Investmentgesetz (InvG) hierfür vorgesehenen Vertriebsvoraussetzungen erfüllt waren. Die vertriebsberechtigten ausländischen richtlinienkonformen Investmentfonds unterliegen in materieller Hinsicht aber nicht meiner Aufsicht, so sind beispielsweise umfassende Prüfungen ausländischer richtlinienkonformer Investmentfonds, insbesondere bezüglich der Gebührenpolitik, Anlagepolitik, Bonität oder Werthaltigkeit des Fondsvermögens im InvG nicht vorgesehen und werden dementsprechend von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auch nicht durchgeführt.

Vielmehr bestehen die Aufgaben der BaFin nach dem InvG im Wesentlichen darin, darauf zu achten, dass die für den öffentlichen Vertrieb ausländischer Investmentanteile in der

Bundesrepublik Deutschland vorgegebenen gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt und beachtet sind.

Die materielle Aufsicht über einen ausländischen Investmentfonds erfolgt im jeweiligen Herkunftsland nach den dort geltenden nationalen Rechtsvorschriften.“

Viele Investmentfonds haben und hatten ihren Sitz in Luxemburg, welches in den letzten Monaten Schlagzeilen bezüglich der eklatanten Steuersparmodellen zu Lasten der übrigen Euroländer machten. Ob dort eine strenge Risikokontrolle durchgeführt wurde und wird, wäre nachzugehen.

Wenn das kein Freibrief zur eigenen Gestaltung des Risikos und der Gebühren war? Mit anderen Worten, die BaFin prüft nicht die Bonität des ausländischen Investmentfonds und der darin befindlichen Papiere, ebenso wenig die jeweilige Gebührenpolitik.

Die Folgen während der Finanzkrise waren dann diverse Insolvenzen von Unternehmen, deren Kreditrisiken über die CDS-Papiere auf die Investoren und damit die Geldmarktfonds übergegangen waren, womit deren Renditen abstürzten, bzw. bei einigen sogar ins Minus abfielen.

Die Einführung der Finanztransaktionssteuer zeigt mir im Übrigen, dass die Politik die wahren Ursachen der Finanzkrise immer noch nicht begriffen hat. Es werden alle möglichen Gründe hierfür vorgeschoben, der eigentliche Grund ist aber die Einnahmequelle für den Staat. Herr Dr. Schäuble rechnet mit einigen Milliarden an Steuereinnahmen, die er nicht zurücklegen, sondern in den überschuldeten Haushalt einfließen lassen wird.

Außerdem schädigt man mit dieser Steuer wiederum den Steuerzahler, der vorsorgt oder spart. Diesbezügliche Kalkulationen haben ergeben, dass damit die Renten auf Basis einer privaten Vorsorge eine deutliche Schmälerung erfahren werden. Die Banken werden diese Steuer nicht selber tragen, sondern

einfach an die Anleger weiter reichen. Die derzeit bei allen Banken zu beobachtenden Gebührenerhöhungen auf breiter Front belegen das.

Die strukturierten Finanzprodukte und nicht auf die Realwirtschaft bezogenen Derivate eröffnen den hochintelligenten und teilweise kriminellen Akteuren auf dem Finanzmarkt, und Beispiele der Vergangenheit belegen dies eindeutig, alle Möglichkeiten, um Volkswirtschaften und damit deren Bürger massiv zu schaden. Die Ergebnisse dieser Machenschaften sind bekannt und haben in der Finanzkrise ihren Anfang genommen und setzen sich unvermindert fort. Diese Produkte sind genauso schädlich wie Rauschgift und zersetzen sukzessive das Volksvermögen, die Ersparnisse und künftige Renten der Bürger, bzw. konzentrieren ein unermesslich hohes Vermögen auf nur wenige Personen, die sich dann in den Jet-Set-Zentren dieser Welt auf ihren dicken Millionen-Yachten eines ins Fäustchen lachen.

Der Politik muss man nicht unbedingt den guten Willen, die durch die Finanzkrise offenbar gewordenen Auswüchse zu unterbinden, unterstellen. Man kuriert derzeit nur an den Symptomen herum und hat den eigentlichen Kern des Übels noch nicht entdeckt oder will ihn nicht entdecken, da eigene hohe Interessen dem entgegenstehen. Das ist auch kein Wunder, zählen doch die Hauptnutznießer dieser Krise, die Investmentbanken, unverändert zu den Beratern der Politik.

Diese Ursache liegt in dem künstlich aufgeblähten Markt der strukturierten Finanzprodukte, deren Anzahl von Tag zu Tag immer größer, mit Derivaten in unzähligen Ausprägungen noch ergänzt und dadurch immer unüberschaubarer wird und somit zu einer weiter ansteigenden Handelsvolumina, einem die Ethik auffressendem Monster mutiert.

Allein die höheren Eigenkapitalanforderungen an die Banken über Basel III werden die Kreditverbriefungen zwecks Entlastung der Bilanz und damit Steigerung der

Eigenkapitalquote immens nach oben treiben und den Markt mit weiteren intransparenten Finanzprodukten beliefern. Der Abbau der Bad-Banks , bzw. das geheimnisvolle Verschwinden von deren toxischer Wertpapiere muss sehr beunruhigen

Dieser rasante Anstieg der Kreditverbriefungen wird unvermeidlich das Handelsvolumen der strukturierten Ausbeutungsprodukte immer mehr erhöhen, denn irgendein Marktteilnehmer muss sie ja schließlich kaufen und irgendein Händler muss sie andererseits an den Mann bringen und will daran mit seiner Bank verdienen. Und dann kommen noch die diversen Vertriebseinheiten irgendwelcher Banken und Vertriebskolonnen hinzu, die auch noch daran verdienen wollen. Somit werden immer mehr hoch spezialisierte Händler und „Vertriebsspezialisten“ einen Arbeitsplatz finden und diese werden je nach Qualifikation immer hoch bezahlt bleiben, da kann sich die liebe Bürgerseele drehen und wenden wie sie will.

Und schon sind wir bei den Boni, ein unsägliches Reizwort, auch für mich. Diese einzudämmen, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen und beschlossen, ist zwar ehrenrührig, dürfte aber nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen. Es ist zum einen fraglich, ob die Engländer mitmachen und zum anderen ob die Amerikaner und viele andere in der Welt verstreuten Handelszentren diesem Beispiel folgen werden. Sicherlich, einmal muss der Anfang gemacht werden, jedoch wird das menschliche Gewinnstreben gepaart mit dem menschlichen Ideenreichtum, Regeln zu umgehen, diesem Vorhaben schnell ein Ende setzen.

Dann wird eben woanders dieses riesige und immer weiter wachsende Volumen gehandelt, sei es in New York, Dubai, Singapur oder sonst wo auf irgendeinem Archipel. Die lachen sich eher eins in Fäustchen und werden dort die Handelsräume und die Rechnerkapazitäten noch mehr erweitern und damit noch mehr Macht auf unser good old Europe/Germany ausüben, bzw. uns vorschreiben, was richtig oder falsch ist.

In Dubai zum Beispiel gibt es das Dubai Financial Center, einem eigenen Distrikt (dort steht auch der Bursj Khalifa, das derzeit höchste Hochhaus der Welt), in welchem neu angesiedelte Unternehmen in den ersten fünf Jahren keine Steuern zahlen müssen und dem juristischen Rahmen des angelsächsischen Rechts unterliegen. Dort und in vielen anderen ähnlich gelagerten Standorten werden künftig diese Herren sitzen und mit der ganzen Welt verdrahtet ihre (unlauteren) Geschäfte weiter betreiben. Sie hätten dann sogar noch den Vorteil, dass ihre Boni in diesen Staaten deutlich weniger oder gar nicht besteuert würden als in der EU.

Diverse Call-Center, zuständig für deutsche Kunden diverser Unternehmen sitzen jetzt aus Kostengründen schon in Indien & Co. und keiner merkt es.

Ich möchte auch nicht ausschließen, dass diese Maßnahmen zur Gründung vieler weiterer Hedgefonds führen werden, bei denen die einstigen Händler plötzlich als Partner oder Gesellschafter auftreten und somit den erzielten Gewinn als Gewinnausschüttung (in Deutschland zum verminderten Steuersatz, da als Dividende =Abgeltungssteuer = 25 % + Kirchensteuer + Solizuschlag) vereinnahmen können. Es würde mich dann auch nicht wundern, wenn Herr Anju Jain als solcher die Deutsche Bank verlassen würde und damit auch seine gesamte Truppe von Investmentbankern.

Ebenso verhält es sich mit dem Hochfrequenzhandel. Der wird mit solch ansteigendem Volumen noch weiter befeuert. Die Regulierungsmaßnahmen der deutschen Bundesregierung, von Herrn Klaus-Peter Flosbach im deutschen Bundestag ganz stolz als einzigartig und als erstmals weltweit reguliert bezeichnet, werden genauso wie das Thema Boni ins Leere laufen und auch hier in anderen Handelszentren wieder die Champagnerkorken knallen lassen. Maschinen und Computer können ruckzuck woanders domiziliert werden und von dort aus ihre Programme abspulen. Die Frage wird dann nur sein, ob die europäischen Börsen auf Dauer noch eine wichtige Rolle auf den

Finanzmärkten spielen. Es bleibt zu befürchten, dass an Handelsplätzen mit keinen solchen Restriktionen auch die Börsen eine wachsende Bedeutung bekommen werden, eben befeuert durch die Verlagerung dieses automatisierten Wertpapierhandels.

Was ist nun der richtige Weg?

Das Grundübel dieser Entwicklung ist die riesige Handelsvolumina an Wertpapieren, die ihren Anfang mit der Verbriefung von Risiken aller Art, hauptsächlich von Kreditrisiken, und deren Weiterverkauf, versetzt mit weiteren Strukturierungen und Derivaten, die dann wieder „gehedgt“ (abgesichert) werden müssen, denen dann weitere Hedging-Maßnahmen folgen usw. usw. Dieses Thema ist somit eine unendliche sich ständig multiplizierende Geschichte und gehört einfach unterbrochen, abgeschafft und letztlich verboten. Schädliches Rauschgift steht schließlich auch aus gutem Grund auf der Verbotsliste.

Dieser fromme Wunsch wird ein frommer Wunsch bleiben. Aber vielleicht hilft die Pflichtveröffentlichung der Ergebnisse der Wahrscheinlichkeitsrechnungen, die der Anlass für die strukturierten Finanzprodukte waren. Aber auch hier wäre Skepsis angebracht. Wer überprüft dann, ob diese Analyse die wirklich Ausschlag gebende war.

Bankkredite sollten in den Kredit vergebenden Banken verbleiben und nicht wie Kartoffeln auf dem Markt herumgereicht werden dürfen. Banken würden dadurch die Kreditvergabe professioneller angehen und wären nicht versucht, schlechte Risiken als gute an die nicht informierten Anleger zu verkaufen, so wie es mit den „Subprimes“ geschah. Damit wären auch die hohen Eigenkapitalanforderungen nicht in dem Maße erforderlich, die sich zudem in der Berichterstattung der Banken nur auf die „harte Kernkapitalquote“ unter Weglassung der (fraglichen) risikolosen Aktiva (Vermögenswerte) bezieht. In früheren Zeiten ging es auch und

das ganz gut mit der bekannten und niedrigeren Eigenkapitalquote, gerechnet auf die volle Bilanzsumme.

Damit würde auch das weltweit äußerst gefährlich aufgeblähte Derivatevolumen sukzessive zurückgeführt werden und hielte dann

– allerdings nur nach deren langfristig erfolgter Dezimierung und Beschränkung auf die Realwirtschaft –

nicht mehr dieses gefährliche Damoklesschwert über unser aller Vermögen wie derzeit.

Nicht ohne Grund warnen seit Jahren hoch angesehene Wirtschaftswissenschaftler vor den Auswirkungen dieser hoch gefährlichen Derivate.

Dieser Ratschlag ist einfach, aber sehr wesentlich. Die Finanzgeschäfte müssen einfacher, transparenter und wieder seriöser werden. Den Wertpapierhandel wird man nicht abschaffen können und das wäre letztlich auch äußerst schädlich. Das hohe Volumen und die damit einhergehende hohe Intransparenz ist es aber und das muss dringend gekappt werden. Insofern sollte die Regulierung der Märkte auf die Eindämmung der immer höher werdenden Handelsvolumina und damit strenge Regulierung der Kreditverbriefungen abzielen.

Dieser harte Einschnitt ist dringend vonnöten, sonst erhöht sich dieser Kreislauf immer mehr und wird unweigerlich zu einem weiteren Zusammenbruch der Finanzmärkte führen. Wenn dann die Bürger merken, dass ihre Renten und Ersparnisse verzockt worden oder im Derivatesumpf auf nur wenige Personen übergegangen sind, dürften Unruhen nicht ausbleiben, Pogrome gegen die Banker werden die Folge sein. 2008 in Großbritannien und in 2012 und 2013 in Griechenland sind schon die ersten Vorboten.

Herr Julius Bär vom Privat-Bankhaus Bär in der Schweiz hat in seinem Buch „Seid umschlungen Millionen“ die hohen Gehälter

der Finanzindustrie (die nur über die unlauteren strukturierten Finanzprodukte erzielt werden können = Anmerkung des Verfassers), als Aufruf zur Revolution betitelt. Diese hat es aber immer dann gegeben, wenn die einen zu viel und die anderen zu wenig hatten.

14. Mai 2015

Elmar Emde

Autor des Buches "Die strukturierte Ausbeutung"

Siehe auch <http://www.emde-fiveko.de>
